

Vorlage für die Sitzung des Senats am 17. Februar 2015

„Bremer Projekte für das Investitionsprogramm der EU-Kommission“

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Ist das Land Bremen in irgendeiner Weise gefragt oder beteiligt worden, bevor die Bundesregierung am 21. November 2014 deutsche Projekte für das 315 Mrd.-Investitionsprogramm der EU-Kommission angemeldet hat?
2. Werden die deutschen Länder bei der weiteren Präzisierung dieses großen europäischen Investitionsprogramms beteiligt?
3. Wenn ja, welche Projekte im bremischen Interesse meldet der Senat dafür an?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat am 26. November 2014 einen Investitionsplan mit einem Volumen von 315 Mrd. € vorgelegt. Eine wichtige Komponente des Investitionsplans ist eine Liste möglicher Investitionsprojekte auf EU-Ebene.

Zur ersten Identifizierung geeigneter Projekte wurde im September 2014 eine Taskforce „Investitionen“, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Investitionsbank (EIB) sowie unter Beteiligung der Mitgliedstaaten eingesetzt. Diese hat am 9. Dezember 2014 den Finanzministern der Mitgliedstaaten im ECOFIN-Rat ihren Bericht vorgestellt. Teil dieses Berichts sind Projektlisten der Mitgliedstaaten, die diese der Taskforce vorgeschlagen haben. Insgesamt haben die Mitgliedstaaten ca. 2.000 Investitionsprojekte mit einem Volumen von über 1,3 Bio. € angemeldet. Deutschland hat eine Liste mit insgesamt 58 Projekten mit einem Volumen von 89 Mrd. € eingereicht.

Die von der Taskforce „Investitionen“ erstellte Liste ist nicht abschließend. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Vorschläge der Liste bei den weiteren Arbeiten berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung hat an der Erstellung dieser vorläufigen Liste die Bundesländer nicht förmlich beteiligt. Es liegen allerdings Informationen vor, wonach einige Bundesländer über die Erstellung der Liste informiert waren und Vorschläge gemacht haben.

Zu Frage 2:

Der Bundesrat hat am 6. Februar 2015 eine Stellungnahme zur Investitionsoffensive beschlossen. Darin kritisiert er unter anderem, dass die Länder bislang nicht an der Erstellung der Projektliste waren und fordert von der Bundesregierung, dass sie zukünftig beteiligt werden. Dem Senat ist nicht bekannt, dass die Bundesregierung bereits ein entsprechendes Beteiligungsverfahren initiiert hat.

Zu Frage 3:

Die Freie Hansestadt Bremen identifiziert gegenwärtig investitionswürdige Projekte, die den Vorgaben der Investitionsoffensive entsprechen, und will darauf hinwirken, diese in die Europäische Investitionsprojektliste einzuspeisen.